

Pressemitteilung

Schuldnerberatung am Limit – Diakonie fordert verlässliche Finanzierung

Rendsburg/Kiel, 13. Juni 2023 | In Schleswig-Holstein droht die Gefahr, dass Schuldnerberatungsstellen ihre Angebote einschränken müssen. Grund ist eine unzureichende finanzielle Ausstattung der Einrichtungen bei gleichzeitig steigenden Betriebs- und Personalkosten. Die Diakonie fordert jetzt von den Kommunen ausreichend Geld für die Beratungsstellen, damit auch künftig alle Ratsuchenden angemessen beraten und begleitet werden können. Angesichts der hohen Inflation haben in den vergangenen Monaten immer mehr Menschen die Angebote der Schuldnerberatung in Anspruch genommen.

In Folge von Coronakrise und Inflation stoßen gerade Menschen mit geringen Einkommen zunehmend an ihre finanziellen Grenzen. Oft reichen das Gehalt, das Bürgergeld oder die Rente nicht mehr aus, um über die Runden zu kommen. Zu Buche schlagen vor allem die massiv gestiegenen Kosten für Lebensmittel, Energie und Mieten. Die Gefahr, sich in dieser Situation zu überschulden, ist daher zurzeit besonders groß. In der Folge wenden sich immer mehr Menschen mit akutem Beratungsbedarf an den Beratungsstellen. Es geht um kurzfristige Existenzsicherung durch Krisenintervention.

Wegen der hohen Fallzahlen stoßen die Beratungsstellen zunehmend an ihre Belastungsgrenze. Die Mitarbeitenden berichten, dass sie oft nur noch akute Fälle bearbeiten können und die notwendige langfristige Begleitung kaum mehr möglich ist. Verstärkt wird dieser Trend durch hohe Krankenstände und den Fachkräftemangel. Gleichzeitig geraten die Beratungsstellen finanziell unter Druck. Vor allem die gestiegenen Energie- und anderen Betriebskosten belasten die Budgets. Den Trägern fällt es immer schwerer, Defizite auszugleichen. Viele Kommunen haben ihre Zuschüsse seit Jahren nicht angepasst. Die Schuldnerberatungsstellen können deshalb nicht mehr ausschließen, dass trotz der hohen Nachfrage Öffnungszeiten und Beratungsangebote eingeschränkt oder Beratungsstellen sogar geschlossen werden müssen.

Die Diakonie sieht insbesondere die Kommunen in der Pflicht. Um auch künftig eine ausreichende Schuldnerberatung sicherstellen zu können, bedürfe es dringend einer verlässlichen und auskömmlichen Finanzierung. Dabei sollten landesweit einheitliche Finanzierungsstandards gelten.

Die Landesregierung wird aufgefordert, endlich das im September vergangenen Jahres angekündigte 8-Punkte-Entlastungspaket umzusetzen. Dieses sieht unter anderem vor, mit zusätzlichen Landesmitteln die bestehenden Angebote der allgemeinen sozialen Schuldnerberatung sicherzustellen und auszubauen. Die Diakonie begrüßt ausdrücklich das Vorhaben der Landesregierung. Allerdings lässt die entsprechende Verordnung bislang auf sich warten.

In Schleswig-Holstein gibt es insgesamt 36 anerkannte und öffentlich geförderte Schuldnerberatungsstellen. Sie helfen Betroffenen, ihre Schulden zu regulieren. Darüber hinaus werden die persönlichen, familiären und sozialen Lebensumstände in den Blick genommen.

Im Laufe dieser Woche machen die Schuldnerberatungsstellen im Rahmen einer Aktionswoche auf ihre Angebote aufmerksam. Das Motto lautet: „Was können wir uns noch leisten? Überschuldungsrisiko Inflation.“ Mehr Informationen dazu unter: www.schuldnerberatung-sh.de.

Für Rückfragen:

Friedrich Keller Pressesprecher, Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
Tel: 04331-593 197; Mobil: 0174-94 500 90
E-Mail: keller@diakonie-sh.de